

Wittgensteiner Zeitung

Tageszeitung für den Kreis Wittgenstein

Mit der wöchentlichen Beilage „Illustriertes Unterhaltungsblatt“

Schriftleitung, Druck und Verlag von Ernst Schmidt in Laasphe.

Mitglied des Vereins Deutscher Zeitungsverleger e. V.

Anzeigen: 1 mm hoch, 27 mm breit 10 Pfg.
Familien- und kleine Anzeigen . . . 6 Pfg.
Reklamen: 1 mm hoch, 90 mm breit 50 Pfg.
--: Postcheckkonto Nr. 404 49 Amt KBin --:

Nummer 17

Fernsprecher Nr. 1

Laasphe, Mittwoch den 21. Januar 1931

56. Jahrgang

10 Prozent Preissenkung.

Preisbindung bei Markenartikeln. — Und die öffentlichen Tarife?

Die Reichsregierung hat einen weiteren Schritt in ihrer Preisentfaltung unternommen. Sie hat eine Verordnung über Preisbindungen bei Markenartikeln erlassen, durch die bestimmt wird, daß die Preisbindungen, die dem Händler auferlegt werden, hinsichtlich der Preise der festgelegten Waren gegenüber dem am 1. Juli vorigen Jahres geltenden Verbraucherpreis nicht um mindestens 10 Prozent innerhalb ermäßigter Grenzen sein dürfen. Diese Verordnung der Regierung stellt eine erste Anwendung der Kartellverordnung dar. Es wäre natürlich verfehlt, sich über die Auswirkungen dieser Verordnung allzu großen Erwartungen hinzugeben. Im Haushalt des Arbeiters nehmen die Markenartikel einen Umfang von durchschnittlich fünf Prozent ein, so daß eine zehnprozentige Senkung bestenfalls ein halbes Prozent ausmachen würde. Man darf aber dabei nicht vergessen, daß die Voraussetzung der Verordnung für eine Reihe von Markenartikeln nicht mehr zutrifft, da ihre Preise bereits ermäßigt worden sind. Auf der anderen Seite wird man abwarten müssen, wie weit die zwangsweise Preisentfaltung zu wirtschaftlichen Schwierigkeiten dort führt, wo Markenartikel an sich schon gegenüber dem Vorkriegsniveau sehr niedrig gehalten wurden. Es gibt in der Lebensmittelbranche Markenartikel, die heute noch den Vorzugspreis haben und ihre Hersteller haben zweifellos gewisse Opfer dafür gebracht, den Preis für die Einheit des Markenartikels, der fast zum wesentlichen Bestandteil der Marke geworden ist, durchzuhalten. Hier können jetzt Schwierigkeiten auftreten, die sich auch auf dem Arbeitsmarkt unangenehm geltend machen.

Es heißt nun, daß die Reichsregierung jetzt bemüht sein will, Länder und Gemeinden zu einer Senkung der öffentlichen Tarife — Verkehr, Wasser, Gas, Elektrizität — zu veranlassen. Es scheint dringend notwendig, in dieser Richtung energig vorzugehen, weil vielleicht dadurch gewisse Schwierigkeiten, die die Versorgung der Bevölkerung in der eben genannten Weise hervorzubringen kann, begegnet werden kann. So sind beispielsweise die Straßenbahnpreise der Großstädte außerordentlich hoch (in Berlin beispielsweise 250 Prozent höher als vor dem Krieg). Aber auch die Strompreise und die Gaspreise sind viel zu hoch, weil viele Gemeinden aus diesen Betrieben Gewinne herausheben zur Deckung von Staatsdefiziten. In den Strom- und Gaspreisen ist also auch eine versteckte Gemeindeförderung enthalten! Das Gesetz, das der Reichsregierung die Handhabe für die Bekämpfung des Mißbrauchs wirtschaftlicher Machtstellung gibt, dürfte auch einmal hinsichtlich seiner Anwendbarkeit auf den Mißbrauch der wirtschaftlichen Machtstellung solcher Monopolunternehmungen der öffentlichen Hand nachgeprüft werden. Wir zweifeln nicht daran, daß, wenn die Reichsregierung will, hier die Möglichkeit einer energischen Einwirkung auf Betriebe besteht, die einer gemeinwirtschaftlichen Illusion zuliebe das Publikum und die Geschäftswelt in einer geradezu unerhörten Weise ausbeuten.

Wesentliches gilt auch von den Verkehrsmitteln, die unmittelbar dem Geschäftsleben, insbesondere dem Einzelhandel zur Verfügung stehen. Dazu gehört in allererster Linie der Postbetrieb und hier wiederum im besonderen Maße der Fernsprecher. Die überhöhten Fernsprechgelder sind seit Jahren Gegenstand der öffentlichen Kritik, ohne daß hier ein Erfolg erzielt worden wäre. Nun hat vor Monaten schon der Reichspostminister auf die Notwendigkeit einer Senkung der Posttarife im Zusammenhang mit der allgemeinen Preisentfaltung hingewiesen. Dieser Hinweis ist in der Wirtschaft lebhaft begrüßt worden, erfolgt ist nichts. Die Reichspostverwaltung, die allerdings gegenüber dem Vorjahr einige Millionen weniger an Einnahmen buchen konnte, hat bis zum Vorjahr dauernd steigende Einnahmen gehabt. Was speziell den Fernsprechkonsum anlangt, so hat ja die Post sogar den merkwürdigen Versuch gemacht die Ausbeutung des Fernsprechkonsums durch Erhöhung der Gebühren zu proffieren. Sie hat damit auch erreicht, daß die Zahl der Neuanmeldungen ganz gewaltig zurückgegangen ist, aber das ist schließlich eine Tarippolitik, für die der Bevölkerung das Verständnis mit Recht abgeht. Man wird also mit Recht gerade in diesem Augenblick, in dem die Reichsregierung eine Verordnung erläßt, die zweifellos für manche Produktionszweige sehr hart ist, erwarten müssen, daß die Reichsregierung nun den Herrn Reichspostminister sehr energisch an die Erfüllung seines einmal gegebenen Versprechens erinnert.

In gewissem Umfang wird auch die Reichsbahn den allgemeinen Notwendigkeiten Rechnung tragen müssen. Wenn wir auch nicht der Meinung sind, daß Frachtforderungen wesentlich für die Lebensmittelpreise sind, so halten wir es doch für notwendig, immer wieder darauf hinzuweisen, daß die gesamte Preisentfaltung im Dienste der Ankurbelung des Arbeitsmarktes steht. Die Bemühungen der Reichsregierung, die Lebenshaltungskosten zu senken, sind ja doch lediglich als Ergänzung des vielfach als notwendig erkannten Lohnabbaues gedacht, der seinerseits als Mittel zur Behebung der Selbstkostenkrise unvermeidlich erscheint. Zur Ermäßigung der gewerblichen Produktionskosten und der Handelspreise muß selbstverständlich auch eine Frachtförderung der Reichsbahn vorgenommen werden.

Worte für die Abrüstung

Einig im Gedanken, aber die praktische Folgerung? — Schöne Reden der andern. — Entschiedene Tonart Deutschlands.

Genf, 20. Januar.

Der Völkerbundsrat begann heute seine Beratungen über die Einberufung der Abrüstungskonferenz. Die Sitzung begann mit dem Bericht des spanischen Gesandten in Paris, Quinones de Leon. Dieser Bericht enthält noch keine Angaben über das Datum und den Ort der Konferenz, sondern beschränkt sich auf eine kurze Darstellung über die bisherigen Arbeiten des Völkerbundes auf dem Gebiet der Abrüstung.

Henderson: Abrüstungsflasko bedeutet Krieg.

Der britische Außenminister Henderson eröffnete die Aussprache. Die Pflicht abzurufen, so erklärte er, sei weder der Kommission noch dem Rat, sondern allein den Regierungen auferlegt. Wenn das Gebäude des Weltfriedens auf eine sichere und dauerhafte Grundlage gestellt werden sollte, müsse der Völkerbund die Völker zu einem fähigen Schritte auf dem Wege der Abrüstung führen:

Die Pflicht der Abrüstung ergebe sich ganz klar aus Artikel 8 des Völkerbundespatentes, dem Verfallener Vertrag, dem Vertrag von Locarno und aus allen Reden, die seit 1920 in Genf gehalten worden seien.

Alle Nationen seien nicht nur rechtlich, sondern auch moralisch verpflichtet. Die Welt leide unter einer schweren Krise, die zum größten Teil eine Folge des Krieges sei. Man mache vielfach den Einwand, daß die Abrüstung unzeitgemäß sei, da überall von Unruhen und von Kriegsgefahr gesprochen werde.

Eine unmittelbare Kriegsgefahr bestehe zwar nicht, aber ein Fehlschlag der Abrüstungskonferenz würde zu einer Lage führen, die der von 1914 ähnlich sei. Der Völkerbund müsse jetzt der Welt zeigen, daß sein Werk nicht nur auf dem Papier stehe und daß seine Mitglieder nunmehr das Werk der Abrüstung durchführen und auch auf den Kriegseifer verzichten. Das Vertrauen der Völker dürfe nicht getäuscht werden; denn der einfache Mann des Volkes fordere die Durchführung dieses großen Werkes. Wenn man für Frieden eintrete, so erfülle man den Wunsch der Millionen.

Grandi: Treu den Völkerbundsidealen.

Nach Henderson sprach der italienische Außenminister Grandi, der u. a. erklärte, die grundsätzliche Auffassung der italienischen Regierung über die Frage der Abrüstung entspreche den Grundgedanken des Völkerbundes, denen Italien treu bleibe. Der Rat habe die Pflicht, einen Termin für die Abrüstungskonferenz festzusetzen. Eine nochmalige Verschiebung dürfe unter keinen Umständen erfolgen.

Die Politiker könnten es nicht begreifen, daß, während Europa unter einer unerhörten Wirtschaftskrise leide, während Milliarden für Kriegsschäden und Reparationen ausgegeben würden, während täglich Millionen von Arbeitslosen auf die Straße geworfen würden, der Völkerbundsrat nicht den Entschluß fasse, die Abrüstungskonferenz einzuberufen.

Diese Konferenz, die von ganz hervorragender Bedeutung sein werde, habe nicht nur die Aufgabe, die Militärausgaben zu senken, sondern sie müsse den Friedenswillen stärken und Sicherheit schaffen, und zwar eine solche Sicherheit, die es Europa und der Welt ermögliche, das Friedensideal des Völkerbundes zu verwirklichen.

Der klare Standpunkt Deutschlands.

Reichsaußenminister Curtius gab dann eine programmatische Erklärung über den Standpunkt der Reichsregierung zur Abrüstungsfrage ab. Curtius sagte folgendes:

Wie wir in Deutschland den Konventionsentwurf des Abrüstungsausschusses beurteilen, wissen Sie alle. Seit dem Zusammentritt der vorbereitenden Abrüstungskommission mußten wir mit jedem Jahre mehr erkennen, daß der Weg, den die Kommission einschlug, sich ständig weiter von dem eigentlichen Ziele entfernte.

Das kann um so leichter geschehen, je mehr überhaupt die gesamte Aktion das Ziel der Ankurbelung und damit auch der Ankurbelung in den Vordergrund rückt. Auch die Reichsbahn ist ja schließlich Nutznießer einer Belebung des deutschen Wirtschaftslebens und ihre heutigen Belastungen, deren Schwere wir keineswegs verkennen wollen, sind eher in einer gestiegenen Wirtschaft bei mäßigen Tarifen, als in einer stagnierenden Wirtschaft bei hohen Tarifen zu tragen.

Trotz all unserer Einwände wurde der Konventionsentwurf hinsichtlich der Landabrüstung Stück für Stück der wesentlichsten Elemente beraubt, die zu einer wirklichen Abrüstung gehören. Das Rüstungsschema, das so entstand, läuft höchstens auf die Stabilisierung des heutigen Rüstungsstandes hinaus. J. Z. würde es sogar noch eine Erhöhung dieses Rüstungsstandes erlauben.

Daher hat sich schon im Frühjahr 1929 der deutsche Vertreter auf Weisung der Reichsregierung klar von dem Programm der Mehrheit der Kommission lösen müssen. Die Kommission ist schließlich so weit gegangen, diesen in sich völlig ungenügenden Entwurf auch noch von vornherein zu verbinden mit einer erneuten Festlegung des uns vertragsmäßig auferlegten Entwurfsstandes. So war es klar, daß wir das Ergebnis der Arbeiten der vorbereitenden Abrüstungskommission ablehnen mußten. Die kommende Abrüstungskonferenz wird nur dann annehmbare Ergebnisse zeitigen können, wenn sie zunächst, ehe sie an die Einsetzung von Ziffern geht, die jetzt vorgeschlagenen Methoden durchgreifend revidiert. Sie wird sich ferner den ersten Grundgedanken des Völkerbundes, nämlich die Gleichberechtigung seiner Mitglieder, zu eigen machen müssen und

nicht Sicherheit gegen Unsicherheit

stellen dürfen. Das hat schon mein Amtsvorgänger ausgesprochen. Reichskanzler Hermann Müller hat 1928 in Genf Ähnliches gesagt. Immer wieder hat die Reichsregierung diesen Grundgedanken zu dem ihren gemacht, so noch im Sommer vorigen Jahres in ihrer Denkschrift zur Paneuropafage. Graf Bernstorff hat noch vor sechs Wochen in diesem Saal für Deutschland paritätische Sicherheiten verlangt. Ich billige und unterstreiche seine Ausführungen ganz.

Würde der Völkerbund diesen Grundgedanken preisgeben, würde er an dieser Aufgabe verfehlen, die darin besteht, allen seinen Mitgliedern Sicherheit zu verschaffen; so würde er seine Friedensaufgabe verfehlen, sein eigenes Dasein erschüttern und seine Existenzberechtigung verlieren. Erfüllt er aber seine Verpflichtungen in der Abrüstungsfrage, so werden wir die ersten sein, das anzuerkennen. Niemand kann mehr an wirklicher Abrüstung gelegen sein, als dem deutschen Volke.

Briand: Eine heilige Verpflichtung.

Der französische Außenminister Briand betonte, es sei völlig unmöglich, daß die Abrüstungskonferenz nicht zu einem Erfolge führe. Die Bestimmungen des Völkerbundesvertrages und des Verfallener Vertrages stellten eine heilige Verpflichtung aller Völkerbundsmitglieder dar. Jedes Volk sei durch diese feierliche Verpflichtung gebunden.

Die Regierungen, die sich dieser Verpflichtung entziehen würden, entehrten sich selbst.

Der Abrüstungsausschuss habe sehr bedeutungsvolle praktische Arbeit geleistet. Der pessimismus in der Abrüstungsfrage sei darauf zurückzuführen, daß man das Absolute verlange, während man sich im Bereich des Relativen befinde. Die Abrüstung müßte jetzt, so wie es die Bedingungen der Sicherheit erlaubten, durchgeführt werden.

Der Gedanke der Sicherheit sei jedoch in letzter Zeit verwässert. Er sei ganz anders ausgelegt worden, als es ursprünglich gemeint gewesen sei. Es empfehle sich daher, nicht weiter allzu viel von der Sicherheit zu reden.

In der Abrüstungsfrage komme es weniger auf die Menge der Rüstungen an, über die ein Land verfüge, als auf den guten Willen, von diesen Rüstungen keinen Gebrauch zu machen. Er sei sehr überzeugt, daß die Abrüstungskonferenz zu einem großen Erfolge führen werde. Dem Verständigungswillen könne sich heute kein Volk mehr entziehen. Briand erklärte sodann unter deutschem Hinweis auf Curtius, einer seiner Kollegen habe Vorbehalte geltend gemacht.

Er hoffe, daß die Zeit kommen werde, zu der alle Völker auf der Grundlage völliger Gleichberechtigung nebeneinander arbeiten würden. Heute befände man sich bereits auf diesem Wege. Vielfach sei in verschiedenen Ländern in letzter Zeit eine Panik entstanden, die jedoch durch die Leiden und die Wirtschaftskrise hervorgerufen worden sei.

Der polnische Außenminister Jazelski sagte, daß Polen im Hinblick auf seine geographische und wirtschaftliche Lage Sicherheit und Abrüstung fordern müsse.

Der Vertreter Japans betonte, daß es sich bei der Abrüstungskonferenz nur um einen ersten Schritt handle. Wenn dieser nicht zu einem Erfolge führe, sei das ganze Gebäude des Völkerbundes auf das ernsteste gefährdet.

Die Aussprache wird in einer der nächsten Sitzungen des Rates fortgesetzt.

Der Eindruck der Aussprache.

Die große Erklärung Curtius hat sichtlich allgemein starken Eindruck hervorgerufen. Die scharfe Betonung des völligen Mißerfolges der bisherigen Völkerbundsarbeiten auf dem Gebiete der Abrüstung, ebenso wie die eindeutig angemessene Forderung Deutschlands auf eine Abände-

Die bisherige Grundlage des kommenden Abbrüstungsabkommens waren in dieser Form bisher noch nicht im Völkerverbund von deutscher Seite zum Ausdruck gebracht worden. Die Erklärung Curtius wird allgemein für das Programm der Reichsregierung für die kommende Abrüstungskonferenz angesehen und dahin ausgelegt, daß die Reichsregierung in der Abrüstungsfrage jedes Kompromiß ablehnen muß.

Der deutschen Forderung auf Gleichstellung und Gleichbehandlung mit den übrigen Mächten ist heute nunmehr von neuem durch den deutschen Vertreter vor der gesamten Öffentlichkeit Ausdruck gegeben worden.

Die Erklärungen Grandis müssen von deutscher Seite aufs wärmste begrüßt werden. Er stellte eindeutig fest, daß unter keinen Umständen die Forderung auf Sicherheit die Voraussetzung einer allgemeinen Rüstungsbildung und die Durchführung der Abrüstung hindern dürfte.

Aus den Ausführungen Briand ist hervorzuheben, daß dieser zum erstenmal von seiner bisherigen Sicherheitslehre abgerückt ist. Allgemein wird seine Erklärung dahin ausgelegt, daß die neuerdings von der Reichsregierung vorgebrachte Forderung auf gleiche Sicherheit für Deutschland eine Erleichterung der französischen Sicherheitsbedenken, und daher die französische Regierung ihrer Sicherheitsbedenken nunmehr eine neue Ausdeutung zu geben versucht.

Curtius noch einmal.

Ueber europäische Wirtschaftsfragen.

Genf, 20. Januar.

In der öffentlichen Nachmittagsitzung des Europäischen Ausschusses ergriff in Fortsetzung der Aussprache über den Bericht Colijns Reichsaussenminister Curtius das Wort. Die Tatsache, so erklärte er, daß nach der Berichterstattung Colijns der südslawische Außenminister in vielen Punkten die Ursachen der gegenwärtigen Wirtschaftspolitik anders als Colijns dargestellt hat, beweist, daß es heute keine einheitliche Lösung für die bestehenden Schwierigkeiten gibt. Für Deutschland ist festzustellen, daß die Empfehlungen der Weltwirtschaftskonferenz bezüglich des notwendigen Abbaues der Zollschranken auf industrielle Erzeugnisse sowohl auf dem Wege gegenseitiger Verhandlungen, z. B. im deutsch-französischen Handelsvertrag, wie auch auf autonomem Wege durchaus zur Geltung gebracht sind. Anders liegt es auf dem Gebiet der Landwirtschaftlichen Zölle. Die deutsche wie manche andere Regierung ist hier durch den radikalen Umschwung der Marktverhältnisse zu Zollmaßnahmen gezwungen worden, um überhaupt die nackte Existenz der eigenen Landwirtschaft zu erhalten.

Es kommt hinzu, daß Deutschland mit einseitigen Zahlungen belastet ist, die den normalen Ablauf der finanziellen Vorgänge zu stören geeignet sind. Wenn Deutschland seine Zahlungen erfüllen will, muß es die Ausfuhr steigern und die Einfuhr verringern.

Es gibt für eine planmäßige Verringerung der Einfuhr kein anderes Mittel als die Entwicklung der heimischen, in erster Linie der landwirtschaftlichen Erzeugung und die mögliche Fernhaltung entbehrlicher Güter.

Curtius besprach sodann den Präferenzvorschlag für südosteuropäische Getreide, dessen Behandlung im europäischen Ausschuss er bestritt. Zum Schluß betonte er, daß Deutschland an der internationalen Organisation des Landwirtschaftskredit in stärkstem Maße interessiert sei.

Die französische Saarpropaganda.

Mehr Lohn für Franzosenfreunde. — Der Stöcktrupp für die Abstimmung.

Saarbrücken, 20. Jan. Ueber die Mühlsarbeit der französischen Propagandastellen auf den Saargruben schreibt ein Bergmann der Grube Calmelet bei Clarenthal nahe der lothringischen Grenze, hier habe der Saarbund eine solche Rührigkeit entfaltet, daß ihm bei einer Belegschaft von etwa 1000 Mann bereits 186 Bergleute beigetreten seien. Der Saarbund ist eine von französischen Ingenieuren und Bergfreundlichen Elemente unter der Saarbevölkerung, besonders unter der Arbeiterklasse, vereinigt und bei der Volksabstimmung im Jahre 1935 als Agitationstruppe in Tätigkeit treten lassen will. Der Calmelet-Bergmann teilt mit, während man seither die Mitgliedschaft beim Saarbund zu verschleiern gesucht habe, lasse man jetzt jede Maske fallen. Die „Gefinnungstreuen“ werden in Kameradschaften vereint. Vor allem aber seien die Saarbrücker besser entlohnert. Der Bergmann gibt seinem Zweifel Ausdruck, daß diese Leute nun auch wirklich für Frankreich stimmen würden.

Unser schönes Geld!

Paris, 20. Jan. Der Ueberschuß des französischen Anteils der Youngzahlungen während des Finanzjahres 1931-32 beträgt nach Abzug sämtlicher Auslandsschulden 1 959 500 000 Franken. Die Gesamteinnahmen des Schuldenhaushaltes belaufen sich auf 4 649 606 000 Franken, denen 2 690 098 000 Franken Ausgaben gegenüberstehen.

Eine Milliarde für den Osten.

Zwei neue Hilfsgeetze. — Noch keine Auswertung der Ostreise.

Berlin, 20. Jan. Wie zuverlässig verlautet, wird sich das Reichskabinett am Mittwoch mit zwei Gesetzentwürfen beschäftigen, die den Zweck haben, die Not des deutschen Ostens zu lindern. Es handelt sich dabei einmal um das Osthilfegezet, zum anderen um ein Gesetz zur Förderung der landwirtschaftlichen Siedlung. Durch diese Hilfe wird dem notleidenden Osten nach dem Sechsjahresplan ein Betrag zusteßen, der nicht sehr weit unter einer Milliarde liegt. Er setzt sich etwa folgendermaßen zusammen:

Das Reich wird 300 Millionen aufbringen, dazu kommen 50 Millionen von der Rentenbank, weiter denkt man an die Aufnahme einer Anleihe in Höhe von etwa 150 Millionen und schließlich kommt noch der Betrag der Industriebelastung hinzu.

Eine Korrespondenz veröffentlicht nun Einzelheiten über die Verteilung dieser Mittel auf die verschiedenen Zweige, so für die landwirtschaftliche Siedlung und die Ausbildung, die Behebung der sozialen und kulturellen Notlage, den Bau von Eisenbahn- und Kraftfahrtrassen, wobei an den Ausbau von elf Eisenbahnlinien gedacht ist, wie es ja in dem kleinen Osthilfegezet bereits zum Ausdruck kommt, ferner Betriebsförderung, Lasten-

zung, außerdem eine besondere Hilfe für Handel, Handwerk und Gewerbe.

Wie von zuständiger Stelle mitgeteilt wird, stehen die von der Korrespondenz genannten Verteilungszahlen jedoch noch keineswegs fest, da die endgültige Entscheidung erst vom Kabinett getroffen werden wird und in den Gesetzentwürfen in ihrer gegenwärtigen Form die Auswertung der Ostreise des Reichkanzlers noch nicht enthalten ist. Die Entwürfe sind nämlich bereits vor 14 Tagen fertiggestellt worden. Es ist anzunehmen, daß sie bis zur endgültigen Fassung noch wesentliche Umänderungen erfahren werden.

Ludendorff und der Goldmacher.

Der Prozeß Tausend in München.

München, 20. Jan. Im Prozeß gegen den Goldmacher Tausend erklärte dieser, wenn er vor Fachmännern einen wissenschaftlichen Vortrag halten könnte, so würde er sicher Recht bekommen. Er müsse aber seine Erfahrungen geheim halten. Seine chemische Lehre verstehe nur der, der gleichzeitig musikalisch sei. Die mathematische Chemie beherrsche nicht einmal das Einmaleins. Er sei bei einem bayerischen Finanzminister gewesen, der sich auch bereit erklärt habe, seine Versuche im Münzamt prüfen zu lassen. Der Minister sei musikalisch gewesen und habe seine Darlegungen auch verstanden. Es sei aber zu einem Versuch nicht gekommen, da verschiedene Beamte plötzlich Bedenken bekommen hätten. Darauf habe er sich an die Reichskanzlei in Berlin gewandt und es sei ihm der Bescheid geworden, daß ein Treuhänder in München die Goldversuche prüfen solle. Dieser Treuhänder sei General Ludendorff gewesen, der seinerzeit einen Chemiker namens Kummer beauftragt habe. Bei der Goldherstellung sei es ihm gelungen, einen Naturprozeß, der sich auf ungeheure Zeiträume erstreckte, auf Sekunden zusammenzudrängen.

Der Angeklagte geht dann des längeren auf den im Juni 1925 geschlossenen Privatvertrag mit Ludendorff ein, in dem er diesem eine hypothetische Goldherstellung als Treuhänder „zum Nutzen des deutschen Volkes“ überlassen habe. Es sei die „Gesellschaft 164“ geschlossen worden. (Die Ziffer 164 sollte der Deckname für Gold sein). Es seien allerdings schon damals viele Schulden vorhanden gewesen. Auf die Frage des Vorsitzenden, wo das Geld hingekommen sei, meinte Tausend, das frage er sich selber auch. (Große Heiterkeit bei den Zuhörern). Die Gelder seien wohl für politische Zwecke der hinter Ludendorff stehenden Kreise verwendet worden. Er selbst sei kein Politiker. In dem Gesellschaftsvertrag, den der Vorsitzende vorliest, wird Ludendorff als Vertrauensmann bezeichnet, dem 75 v. H. aus den Erträgen der Goldmacherei zusteßen sollten, ohne daß er über die Verwendung der Gelder abzugeben brauche. Der Angeklagte behauptet, die Versuche seien damals positiv verlaufen.

In der Dienstagsverhandlung verlas der Vorsitzende die umfangreichen Aussagen der „Tausend-Studien-Gesellschaft“. Der Angeklagte erklärte auf Befragen, den Mitgliedern der Gesellschaft sei erklärt worden, daß das Ziel u. a. auch die Herstellung von Gold sei. Er gab zu, daß die Summe der eingezahlten Beiträge etwa 800 000 M. betragen habe. Auf Grund der Aussagen habe er, der Angeklagte, 25 Prozent der Mitgliedsbeiträge erhalten. Der Sitz des Vereins sei ursprünglich Frankfurt a. M. gewesen, er sei aber später nach Freiberg verlegt worden, wo ein Mitglied der Studiengesellschaft eine in Konturs geratene Spinnerei hatte. Das Fabrikgebäude sei von der Gesellschaft für 150 000 M. übernommen worden.

Politisches Allerlei.

Verhandlung gegen die polnischen Flieger.

Nachdem dem polnischen Generalkonsulat in Weuthen auf Anfrage mitgeteilt worden war, daß gegen die in Oppeln festgenommenen polnischen Militärflieger Wolf und Smielka ein Gerichtsverfahren wegen Verletzung der Passvorschriften und des deutschen Luftfahrgezetes eingeleitet worden ist, hat das Generalkonsulat die Verteidigung der Flieger dem Rechtsanwalt Simon aus Breslau übertragen. Die Hauptverhandlung findet am 31. Januar in Oppeln statt.

Frankreich holt weiser englisches Gold.

Der neuerliche Abschluß von etwa eineinhalb Millionen Pfund Gold (etwa 30 Millionen M.) für französische Rechnung, der getätigt wurde, hat in London starke Beachtung gefunden. Angesichts der Tatsache, daß sich die Gesamtkäufe an Gold in den letzten drei Tagen auf über 54 Millionen M. stellen, erklärt der „Daily Herald“, daß die neue Politik der Bank von Frankreich tatsächlich nicht zu der beabsichtigten Zusammenarbeit zwischen den Zentralbanken in London und Paris geführt habe, um der ungleichen Goldverteilung ein Ende zu machen. Die Goldreserven der Bank von England hätten sich weiterhin verringert.

Rund 250 000 englische Weber ausgeperrt.

Die Aussperrung in der Webindustrie von Lancashire ist vollkommen. Nachdem die Regierungsvertreter Manchester verlassen haben, besteht nicht die geringste Aussicht auf eine neue Zusammenkunft zwischen Arbeitnehmern und Arbeitgeber. Beide Parteien werden vielmehr das Ergebnis der Abstimmung abwarten, das kaum vor Ende der Woche vorliegen kann. Die Gesamtzahl der ausgeperrten Arbeiter wird auf 250 000 Mann geschätzt.

Die Arbeit in Südwales wieder aufgenommen.

In den Kohlengruben von Südwales ist die Arbeit wieder aufgenommen worden. Grubenbesitzer und Gewerkschaftsführer einigten sich über die Einsetzung einer neuen Schiedsrichterkommission.

Amerikanische Gewerkschaften für Einwanderungsverbot.

Der Vollzugsausschuß des amerikanischen Gewerkschaftsverbandes hat die Regierung und den Bundeskongreß ersucht, ein allgemeines Einwanderungsverbot zu erlassen, das in Kraft bleiben soll, bis die zurzeit herrschende ausgebreitete Arbeitslosigkeit nachlasse.

Berlin. Der Generaldirektor der österreichischen Bundesbahnen, Dr. Straßella, ist in Berlin eingetroffen. In Besprechungen mit Dr. Dörmmler wurden die die Deutsche Reichsbahn und die österreichischen Bundesbahnen gemeinsam berührenden Eisenbahnfragen behandelt.

Wien. In Anwesenheit des deutschen Gesandten Graf Lerchenfeld wurde der deutsch-österreichische Handelsvertrag im Bundeskanzleramt ratifiziert.

Paris. Poincaré ist nach seiner wochenlangen Krankheit zum erstenmal wieder aufgestanden und hat eine kurze Zeit im Zimmer auf- und abgehen können.

Danzig wurde vergessen!

Keine Aufnahme, weil kein Antrag gestellt war.

Genf, 21. Januar.

Der Antrag der Stadt Danzig auf Aufnahme in den europäischen Ausschuss ist, wie ausdrücklich festgestellt werden muß, nicht zur Verhandlung gekommen, obwohl der polnische Außenminister Jazewski im Besitz des Danziger Antrages

war und verfassungsmäßig dazu verpflichtet gewesen wäre, den Antrag der Stadt Danzig dem europäischen Ausschuss vorzulegen. In gleicher Weise hat Island den Antrag auf Aufnahme durch Dänemark stellen lassen, der auch im europäischen Ausschuss angenommen worden ist.

Es ist nicht ermittelt, welche Gründe den deutschen Außenminister, der zwar in der Aussprache auf die Aufnahme Danzigs hingewiesen hat, bewogen haben, es zu unterlassen, seinerseits den Vorschlag auf Aufnahme der Stadt Danzig zu stellen, der zweifellos von der überwältigenden Mehrheit des Ausschusses angenommen worden wäre.

Sie werden eingeladen.

Rußland, Island und die Türkei.

Genf, 21. Jan. Der Europäische Ausschuss hat Dienstag Nachmittag ohne Aussprache den Vorschlag des Sechsmächte-Ausschusses zur Einladung Sowjetrußlands, der Türkei und Islands zu den Verhandlungen des europäischen Ausschusses angenommen.

Belgien, Spanien, Holland, Dänemark, Schweden, Norwegen und Südslawien meldeten gegen diese Entschließung einen Vorbehalt an. Als Vorsitzender dieser Staaten-Gruppe erklärte der norwegische Außenminister, erst wenn die Zusammenarbeit der europäischen Staaten auf fester Grundlage im europäischen Ausschuss ausgebaut wäre, hätte die Einladung erfolgen müssen.

Bayerns Lage gegen das Reich.

München, 21. Jan. Der Ministerrat beschloß am Dienstag einstimmig, die Klage wegen des Steuervereinfachungsgezetes beim Staatsgerichtshof für das Deutsche Reich zu erheben. Die Klage wird samt der Begründung im nächsten Frühlings abgehen.

Aus der Heimat

Mittwoch den 21. Januar 1931

— Erneuter Zugang von 900 Arbeitsuchenden und 1700 Unterfützten am 15. Januar. Das Arbeitsamt Siegen berichtet über die Lage des Arbeitsmarktes in der Zeit vom 1. bis 15. Januar 1931: Nach der außergewöhnlich starken Erhöhung der Arbeitsuchendenziffer am Jahresende um rund 2200 gleich 18 Prozent gegenüber der Vorberichtszeit haben die beiden ersten Wochen des neuen Jahres absolut gesehen wieder eine gemäßigtere Zunahme gebracht. Jedoch bedeutet der Mehrzugang von immer noch 900 Arbeitsuchenden bei dem schon bisher erreichten hohen Stand der Arbeitslosigkeit eine empfindliche Mehrbelastung des Siegerländer Arbeitsmarktes. Weit stärker noch ist die Unterfüttenziffer gestiegen: mit einem Zuwachs von rund 1700 Hauptunterfützungsempfängern der Arbeitslosen- und Krisenfürsorge innerhalb der letzten 14 Tage ist nicht nur die bisher absolut größte Steigerung während einer halbmonatlichen Berichtsperiode erreicht — die Zahl entspricht etwa dem Unterfüttenstand des ganzen Arbeitsamtsbezirktes am 31. 5. 1929 —, sondern zugleich der je verzeichnete Höchststand übertritten worden. Mit 12 133 Hauptunterfützten und einem Tausendfach von 52,7 gegenüber 45,0 und 45,2 in Westfalen und Reich am 31. 12. 30 wird die bis dahin gültige Rekordziffer des schweren Winters 1925/26 mit 10 700 gleich 48,4 auf 1000 Einwohner überschritten. Die Ueberhöhung gegenüber dem Vorjahre beträgt nunmehr 7601 gleich 168 Prozent. Entgegen einer Verlangsamung der Arbeitsbewegung auf dem gesamtdeutschen und westfälischen Arbeitsmarkt ist im Siegerland vorerst kaum mit einer Besserung zu rechnen, zumal noch rund 1400 Anträge auf Unterfützung zur Bearbeitung vorliegen. Es entfallen auf den Arbeitsamtsbezirk Siegen 12 133 (52,7) Unterfützte und 15 660 (68,1) Arbeitsuchende. Davon entfallen auf den Landkreis Wittgenstein 1409 (49,4) Unterfützte und 1992 (69,8) Arbeitsuchende. Die in Klammern gesetzten Ziffern beziehen sich auf 1000 Einwohner.

— Bericht des Arbeitsamts Dillenburg über die Arbeitsmarktlage für die Zeit vom 1. 1. bis zum 15. 1. 1931. Die während des ganzen Jahres andauernde, starke Arbeitslosigkeit hat zu Beginn des neuen Jahres einen bisher nicht gekannten und erwarteten Umfang angenommen. Mit den neuen Zahlen dürfte der Arbeitsamtsbezirk Dillenburg an der Spitze derjenigen Bezirke stehen, die von der Arbeitslosigkeit am stärksten betroffen werden. Die Entwicklung des Arbeitsmarktes von Januar 1929 bis heute zeigen folgende Zahlen: Arbeitsuchende: 15. 1. 29: 3380, 15. 1. 30: 4610, 15. 1. 31: 8156; Unterfützte: 15. 1. 29: 3104, 15. 1. 30: 3548, 15. 1. 31: 6696. Wenn auch in den letzten Tagen verschiedene Hüttenwerke in beschränktem Maße Kräfte zurückgeholt haben, so werden diese Maßnahmen durch Entlassungen an andern Stellen wieder ausgeglichen. Von dem um die Jahreswende erfolgten Stilllegungen in der Tabakindustrie wurden in der Hauptsache Arbeiterinnen betroffen. Doch scheinen diese Entlassungen keine dauernde Belastung des Arbeitsmarktes zu bringen. Im Laufe dieser Woche begannen verschiedene Betriebe bereits wieder mit der Arbeit. Im Baugewerbe herrscht nach wie vor Stillstand und es sind noch keine Anzeichen einer Belebung zu verspüren. Es ist erwähnt, daß bei Schaffung des Arbeitsamts Dillenburg eine winterliche Höchstbelastung von 1211 Unterfützten angenommen wurden. Im Winter 1928/29 betrug die höchste Zahl an Unterfützten 3580, im Winter 1929/30 4900 und jetzt werden 6696 unterfützt, ohne daß man sagen kann: Die Höchstzahl ist erreicht.

Wetterausichten für Donnerstag: Zeitweise aufheiternd, Niederschlagsneigung weiter nachlassend, im ganzen etwas kälter, schwache Luftbewegung.

Turnen * Spiel * Sport.

Fußball.

Niederlaasphe 1. — Banse 1. 4:0.
Schelshausen 1. — Wallau 2. 1:3.

Laasphe

* Recht
Sommerstein u.
verloren viele
Vögel und des
Herrlichkeit nicht
voll läßt sich
möglich schon

* Der B
Eine für unfer
heutige Ver
nach soll der
Laasphe in die
verlegt werden.
dies zu bedau
daß von hier
an die sehr un
einigen Tagen.

* Ueber n
nen Stellen de
So sei besonde
Nege und S
namentlich für
ihrer Arbeitsst
lich bedarf es
Klagen ein En

* Töblich
gestern morgen
Menschenleben
läßt als Notsta
nach dort fuh
bahngleis wird
hat an dieser
es nun, daß d
der Verunglück

Friedrich H
Sechs Meter v
ein leerer Wag
von dem Wag
umfützt werden
sichem auf d

** Banse

Banse tagte
Famernie um
Schulenburg
glier. Die
wort des Mag
beschlusses vom
sches nach Laa
so tief in die
als die geplante
erscheinungen.
noch die Verh
aufstehenden ne
zweibeitig bei
neigung gegen
zu erkennen ga
leitung tehrn
teilung jurist.
Anfangsstadium
der gewählten
mit dem Wirt
dabei den fin
Laasphe und
dringend. Die b
und kam nach
schluß einstim
neuen Lehrgang
der Amtsstift d
gelegt wird, be
Waplah in B
Bahnhof Frie
läufig in B
mit diesem W
nung getragen
waren zur W
Ladung hatten

** Holzhe
ist von hier
Oberförsterei
Nähe unferes
hätten, infolge
erhielt, Jagd
schab. Da stell
zum allgemei
Hauschweine
hörten und die
fabriken losgez

— Hilshe
der heutigen
Aufnahme
Schule am 16.
derselben werd

— Sieg
betriebe. 2
schwierigste
Tagen bericht
der Gruben
die größte un
Vereinigung,
trugte berftr

Laasphe:

* **Recht frühlingmäßig** ist der heutige Mittwoch. Sonnenschein und geführe Temperatur wie mitten im Lenz verlocken viele zu Spaziergängen in die Umgegend. Die Vögel und des Waldes Tiere atmen auf. Doch wird die Herrlichkeit nicht von langer Dauer sein. Denn recht wechselvoll läßt sich der heutige Winter an. Morgen kann womöglich schon wieder Schnee liegen.

* **Der Baner Amtssitz** kommt nach Friedrichshütte. Eine für unsere Stadt wenig erfreuliche Kunde bringt der heutige Bericht über die Baner Amtsverammlung. Danach soll der Sitz des Amtes nicht, wie geplant, nach Laasphe in die alte Schule, sondern nach Friedrichshütte verlegt werden. Im Interesse der Laasphe Geschäftswelt ist dies zu bedauern. Andererseits ist auch nicht zu bestreiten, daß von hier aus Zehner gemacht wurden. Erinnert sei nur an die sehr unkluge Notiz in der Siegener Volkszeitung vor einigen Tagen.

* **Ueber mangelhafte Straßenbeleuchtung** an verschiedenen Stellen der Stadt wird bei uns lebhaft Klage geführt. So sei besonders in den frühen Morgenstunden ein Teil der Wege und Straßen in völliger Dunkelheit gehüllt, was namentlich für solche Arbeiter, die in den Frühstunden zu ihrer Arbeitsstelle mühen, nicht ohne Gefahr sei. Hoffentlich bedarf es nur dieses Hinweises, um solche berechtigten Klagen ein Ende zu machen.

* **Tödlicher Unglücksfall.** Im Rinteltal trug sich gestern morgen ein schwerer Unglücksfall zu, dem ein junges Menschenleben zum Opfer fiel. Die Gemeinde Sassenhausen läßt als Notstandsarbeit die Verbreiterung des von Laasphe nach dort führenden Weges vornehmen. Auf einem Feldbahngleis wird die Erde in Kippwagen befördert. Der Weg hat an dieser Stelle ein starkes Gefälle. Das Unglück wollte es nun, daß die Bremsvorrichtung des Wagens, auf dem der Verunglückte, der 32jährige ledige Landwirtschaftergehilfe Friedrich Hölle aus Sassenhausen sich befand, versagte. Sechs Meter vor der unten befindlichen Drehscheibe, auf der ein leerer Wagen stand, wollte er noch abspringen, wurde jedoch vom Wagen erfasst, mitgeschleift und kam unter den umstürzenden vollen Wagen zu liegen. Der Tod ist anscheinend auf der Stelle eingetreten.

* **Banfe.** Die Amtsvertretung des Amtes Banfe tagte am gestrigen Dienstag im Gasthof Fischer zu Kaserne unter dem Vorsteher des Bürgermeisters Dr. Schulenburg und unter Anwesenheit nahezu aller Mitglieder. Die Vertretung sollte Stellung nehmen zur Antwort des Magistrats in Laasphe auf den Amtsvertretungsbeschluss vom 29. 12. 30, betreffend Verlegung des Amtes nach Laasphe. Wohl noch nie hat eine Angelegenheit so tief in die innersten Verhältnisse des Amtes eingegriffen als die geplante Verlegung mit ihren mannigfachen Begleiterscheinungen. Ganz besonders schwierig gestalteten sich auch noch die Verhältnisse dadurch, daß die dem Amt demnächst zufallenden neuen Gemeinden des Kirchspiels Zendingen unzulänglich bei jeder sich bietenden Gelegenheit ihre Abneigung gegen eine Verlegung des Amtes nach Laasphe zu erkennen gaben. Unter Voraussetzung dieser kurzen Einleitung setzen wir zu den Verhandlungen der Amtsvertretung zurück. Der Vorsitzende trug die ganze Materie vom Anfangsstadium an mit den Beschlüssen der Amtsvertretung, der gewählten Kommission, seinen eigenen Verhandlungen mit dem Bürgermeister der Stadt Laasphe eingehend vor, wobei den finanziellen Effekt zwischen einer Annahme in Laasphe und einem Neubau eines eigenen Amtshauses erörternd. Die verschiedensten Amtsvertreter nahmen das Wort und kam nach nicht allzu langen Beratungen folgender Beschluss einstimmig zustande: „Mit Rücksicht darauf, daß die neuen Landgemeinden den Wunsch ausgesprochen haben, daß der Amtssitz des Amtes Banfe nicht in die Stadt Laasphe verlegt wird, beschließt die Amtsvertretung grundsätzlich, einen Bauplan in der Gemeinde Rinteltal-Wittgenstein nahe dem Bahnhof Friedrichshütte zu erwerben und den Amtssitz vorläufig in Banfe zu belassen.“ Die Amtsvertretung glaubt, mit diesem Beschlusse allen berechtigten Ansprüchen Rechnung getragen zu haben. Die Vertreter der Landgemeinden waren zur Versammlung geladen, wegen der kurzfristigen Ladung hatten sie ein Erscheinen nicht ermöglichen können.

* **Holzhausen.** Eine gelungene Vertreibung ist von hier zu berichten. Kraß da dieser Tage auf der Oberförsterei Sahnmannshausen die Nachricht ein, daß in der Nähe unseres Ortes sich fünf Wildschweine gezeigt hätten, infolgedessen ein jüngerer Forstbeamter den Auftrag erhielt, Jagd auf die Tiere zu machen, was denn auch geschah. Da stellte es sich bei der Einfassung der Tiere denn zum allgemeinen Gaudium heraus, daß es sich um fünf Hauschweine handelte, die dem Wirt D. zu Leimstruth gehörten und die anscheinend auf eigene Faust auf Entdeckungsfahrten losgezogen waren.

* **Silchenbach.** Wie aus der betreffenden Anzeige in der heutigen Nummer unseres Blattes hervorgeht, findet die Aufnahmeprüfung an der hiesigen Jung-Stilling-Schule am 16. März, morgens 8 Uhr statt. Anmeldungen zu derselben werden bis zum 10. Februar erbeten.

Aus Nah und Fern.

* **Siegen.** Stilllegung weiterer Grubenbetriebe. Die Erzförderung wird durch zunehmende Absatzschwierigkeiten noch immer weiter beschränkt. Vor einigen Tagen berichtete die „Siegener Zeitung“ von der Stilllegung der Gruben Dautenberg und Neue Haardt. Nun hat auch die größte und beste Grube des Siegerlandes, die Grube Vereinigung, ihren Betrieb eingestellt, nachdem die beantragte verkürzte Sperrfrist abgelaufen war.



Eine neue wichtige Luftverbindung.

Das wichtigste Ergebnis der zur Zeit in Berlin tagenden internationalen Flugbahntagung ist die Schaffung einer direkten Linie Rom-Berlin. Die Voraussetzung hierfür war, daß die Italiener die Überfliegung des strategisch wichtigen Brennergebietes für die deutschen Flugzeuge großzügig freigegeben haben. So können die in Rom startenden

Flugzeuge direkt in zehn Stunden nach Berlin fliegen. Im nächsten Jahre soll die Strecke Berlin-Rom sogar als Expressstrecke betrieben werden. Unser Bild zeigt den vielgenannten Brennerpaß, dessen Überfliegung bisher verboten war. Rechts in der Ecke eine Kartenfälschung der neuen Flugstrecke, links der Direktor der Deutschen Luft Hansa und Präsident der derzeitigen Konferenz, Wronsch.

* **Gehaltsbericht** der Bürgermeister im Oberwesterwaldkreis. Die Bürgermeister der im Landgemeinerverband organisierten Landgemeinden des Oberwesterwaldkreises beschloffen auf einer in Erbach abgehaltenen Versammlung, ab 1. April auf 10 Prozent ihres Gehalts bezw. der Dienstauswandsentschädigung zu verzichten. Die Bürgermeister hoffen, daß auch andere, bei den Kommunen im Arbeitsverhältnis stehende Personen diesem Beispiel folgen werden. Bravo!

* **Trier.** Das einsame Wirtshaus. Als der Wirt der einsamen gelegenen Wirtschaft „Tabatsmühle“ und eine Kellnerin abends mit Aufräumen beschäftigt waren, klopfen plötzlich zwei junge Burken, die das mit Stacheln besetzte Gitter überklettert hatten, an die Tür und verlangten Bier. Als der Wirt ihnen diese Bitte abschlug, fielen sie über ihn her und schlugen ihn nieder. Dann drangen sie mit gezogener Waffe in das Lokal ein und bedrohten den herbeigeeilten Sohn des Wirts, während die Kellnerin flüchtete und Hilfe holte. Die Burken durchwühlten alle Behälter. Als die Kellnerin mit anderen Leuten wieder zurückkehrte, verließen die beiden Burken schleunigst die Wirtschaft, sprangen auf einen bereitstehenden Lieferwagen und fuhrten davon.

* **Zusammenstoß in der Grube.** In der Grube Renner bei Mex stieß ein Stollenzug mit 80 Grubenarbeitern mit einem in entgegengesetzter Richtung kommenden Zug zusammen. Dabei wurden drei Grubenarbeiter zermalmt und zehn verletzt.

* **Hamburg.** Der letzte Tanz. In einer hiesigen Gastwirtschaft hat der 26jährige Arbeiter Siemroth seine von ihm getrennt lebende Ehefrau um einen letzten Tanz. Die Eheleute betreten zu diesem Zweck das Klubzimmer, setzen den Musikapparat in Bewegung und tanzten. Plötzlich zog Siemroth einen Revolver, schloß seiner Frau ins Gesicht und brachte sich selbst einen Schuß in die Schläfe bei.

* **Frankfurt a. O.** Der Gerichtsbollzieher im Schweinefall. Ein Arbeiter in Wendisch-Buchholz hatte einen Gerichtsbollzieher in den Schweinefall geführt und dort eingesperrt, ohne sich weiter um ihn zu kümmern, bis am Abend der Stall zur Fütterung wieder betreten wurde. Für diesen „Ehrgang“ verurteilte das Landgericht den Arbeiter zu vier Monaten Gefängnis.

* **Danzig.** Eisenbahnunglück bei Gdingen. In den frühen Morgenstunden stieß bei Gdingen ein Personenzug auf einen Güterzug auf. Dabei wurden sechs Personen getötet, 13 Personen schwer und über 20 Personen leicht verletzt. Ueber die Ursache des Unglücks konnte noch nichts Bestimmtes festgestellt werden.

* **300 000 Grippekranken in Madrid.** In der Hauptstadt Spaniens herrscht eine heftige Grippe-Epidemie. Schätzungsweise sollen in Madrid 300 000 Personen an Grippe erkrankt sein, von denen 200 000 das Bett hüten.

* **Vom Expresszug erfasst.** — **Sechs Tote.** Bei Wajto in Unterägypten wurde ein Auto bei Kreuzen eines Bahnüberganges von einem Expresszug erfasst. Die sechs Insassen des Autos wurden getötet.

* **Zugzusammenstoß im Schneesturm.** Auf der Strecke Boston-New York stieß ein Schnellzug bei schwerem Schneesturm mit einem Lokalzug zusammen. Ueber 50 Personen wurden verletzt.

* **Mexiko.** Drei Städte zerstört. Das letzte Erdbeben in Südamerika zerstörte die kleinen Städte Miahuatlan, San Pedro Apostol und Ayoqueco vollkommen. Bisher wurden 116 Tote geborgen. Diese Zahl dürfte sich aber erhöhen, da die Rettungsmannschaften unter den Trümmern immer noch Leichen finden.

Schweres Lawinenunglück in Bayern.

Polizeibeamtete in die Tiefe gerissen. Benediktbeuern, 21. Jan. Dienstag nachmittag ereignete sich an der Ostseite der Benedikt-Wand ein furchtbares Lawinenunglück.

Ein Ski-Kurs der bayerischen Landespolizei wurde von einer Lawine überrascht, und neun Mann wurden in die Tiefe gerissen. Durch die sofort einsetzenden Bergungsarbeiten konnte bis jetzt nur ein Mann bewußtlos geborgen werden. Die übrigen acht sind noch verschüttet.

Auf sofortigen Alarm gingen von Benediktbeuern und Bad Tölz Mannschaften des Alpinen Rettungsdienstes zur Hilfeleistung ab. Auch aus München ist eine Rettungsexpedition, bestehend aus zwei Offizieren, einem Arzt und 30 Mann, in Kraftwagen an die Unfallstelle abgefahren. Man befürchtet aber, daß die acht Leute nicht mehr lebend geborgen werden können.

Bomben auf Bahnhöfen.

Sechs Tote, 24 Schwerverletzte in Buenos Aires.

New York, 21. Jan. Wie aus Buenos Aires gemeldet wird, wurden dort sechs Personen durch Bombenexplosionen getötet und 24 schwer verletzt. Die Explosionen ereigneten sich auf verschiedenen Eisenbahnstationen. Die erste Explosion erfolgte auf dem Westbahnhof, die zweite auf dem Südbahnhof, die dritte in einem Eisenbahnwagen. Es soll sich angeblich um Terrorakte gegen geplante Entlassungen von Arbeitern handeln. Eine Anzahl von Wagen wurde vollständig zerstört.

Bekanntmachung.

Um den im Kreise Wittgenstein weiter um sich greifenden, den Kartoffelertrag stark mindern den Kartoffelkrebs auszuhalten, wird auf dringende Empfehlung der Hauptstelle für Pflanzenschutz in Münster in Kürze die Anordnung ergehen, daß vom Jahre 1932 an nur noch **trebsfeste** Kartoffelsorten angebaut werden dürfen. Bis dahin sollen sämtliche Kartoffelanbauer gehalten sein, sich in den Besitz ausreichenden trebsfesten Saatguts zu setzen. Zu diesem Zweck wird jedem Anbauer geraten, sich für das Anbaujahr 1931 sogenanntes Vermehrungsaatgut trebsfester Kartoffelsorten zu beschaffen. Bei einem für ertragreiche Sorten veranschlagten Durchschnittsertrage von 8—10 Tassen der Ausaatmenge, die auf 10—12 Zentner je Morgen zu beziffern ist, würde zur Gewinnung des Saatbedarfs für jeden im Jahre 1932 mit trebsfesten Kartoffeln zu bestellenden Morgen Land im Anbaujahr 1931 etwas mehr als 1 Zentner Vermehrungsaatgut erforderlich sein. Es besteht sichere Aussicht, daß für eine Fläche von etwa 3000 Morgen Vermehrungsaatgut der Sorte Erdgold 1. Absatz aus den Vermehrungsbauflächen der Landwirtschaftskammer etwa zum Speisepreis geliebert wird, während dieser Vorteil für 1932 voraussichtlich fortfällt. Diese Maßnahme wird aber nicht sicher für die ganze, zur Gewinnung des für 1932 allein zugelassenen, trebsfesten Saatguts erforderliche Fläche ausreichen. Wer daher selbst trebsfeste Kartoffeln geerntet hat, muß selbst nur noch trebsfeste Sorten neu pflanzen und kann auf keine Hilfe rechnen, wenn er seine trebsfesten Kartoffeln anderweit verbraucht. Wer ohne Mehrkosten im Austausch trebsanfälliger gegen trebsfeste Sorten trebsfestes Saatgut auch ohne Staatsbeihilfe erwerben kann, möge auch dieses tun.

Bei der Beschaffung des Vermehrungsaatgutes wird dringend empfohlen, möglichst reiflos die wertvollere und ertragreichere Sorte „Erdgold“ zu beziehen, um damit den Kartoffelbau im Kreise für die Zukunft mehr auf sorteneinfältige Ware umzustellen, wodurch eine bessere Absatzmöglichkeit für Kartoffeln durch genossenschaftliche Lieferung nach auswärts gewährleistet wäre, als bei der bisherigen Sortenvielfalt und entsprechend kleinen Einzelmengen.

Bis zum 28. Januar ds. Js. nehmen die Herren Bürgermeister der Städte und die Herren Gemeindeforsteher Bestellungen auf Vermehrungsaatgut für 1931 (Sorte Erdgold zum Preise von etwa 3,50 bis 4.— RM. je Zentner) entgegen. Später eingehende Bestellungen können nicht mehr berücksichtigt werden.

Verlebung, den 19. Januar 1931.

Der Landrat, F. V. Hornung, Kreisdeputierter.

Codesanzeige.

Unerwartet rasch wurde uns heute durch den bitteren Tod nach längerem, schwerem Leiden in der Klinik zu Marburg entzogen der treuherzige Vater seines Kindes, mein guter Sohn, unser lieber Bruder, Schwager und Onkel, der

Automonteur Ernst Schröder

im Alter von 32 Jahren, nachdem ihm vor 5 Monaten seine Gattin im Tode vorausgegangen ist.

Mit der Bitte um stille Teilnahme

Im tiefsten Schmerz:
Familie Schröder.

Laasphe, den 20. Januar 1931.

Beerdigung findet statt Freitag den 23. d. Mts., nachm. 3 Uhr.

Zwangsversteigerung.

Am Freitag den 23. Jan. 1931, vorm. 9 Uhr werde ich in Grundbesitz an Ort und Stelle, Sammelplatz Wirtschaft Strohmänn

1 Personenauto (Stutebader); anschließend mittags 12 Uhr in Leimstruth an Ort und Stelle, Sammelplatz Wirtschaft Birkelbach
3 Baubuden mit Inhalt öffentlich meistbietend gegen Barzahlung versteigert.

Berleburg, den 21. 1. 1931.
Rixten, Obergerichtsvollzieher.

Ruf 133.

Meiner wertigen Rundschau zur Kenntnis, daß ich unter obiger Nummer an das Fernsprechnetz Laasphe angeschlossen bin.

Autofahrten zu jeder Tag- und Nachtzeit in Vierfahrradlimousine pro km 25 Pfg., größere Fahrten Ermäßigung.

Hans Adam, Laasphe.

Fußballverein Niederlaasphe

Am Donnerstag den 22. Jan. 1931, abends 8 1/2 Uhr findet im Vereinslokal Schreiber hierseits eine

Monats- Versammlung

statt. Tagesordnung wird in der Versammlung bekannt gegeben.

Um rechtzeitig und vollständiges Erscheinen bittet
Der Vorstand.

Sämtliche Druckfachen

liefert preiswert
Buchdruckerei
E. Schmidt
Laasphe.

Bekanntmachung.

Zur Befriedigung der sich aus den Bestimmungen des Brotgesetzes ergebenden Schwierigkeiten hat der Preussische Minister für Handel und Gewerbe zusammen mit dem Preussischen Landwirtschaftsminister auf Grund der in der Notverordnung gegebenen Ermächtigung folgendes angeordnet: In Zukunft ist das Anbieten, Feilhalten oder Verkaufen von Weizenkleingebäcken (Brötchen usw.), soweit das einzelne Brötchen das Gewicht von 50 Gramm nicht übersteigt, in allen Gast-, Speise- und Schankwirtschaften zum Genuß an Ort und Stelle — innerhalb und außerhalb der Mahlzeiten — gestattet, wenn gleichzeitig und in gleicher Weise Brot, das den Vorschriften des § 1 des Brotgesetzes entspricht, also Roggenbrot oder Mischbrot, angeboten oder feilgehalten (aufgelegt) wird. Die Worte „in gleicher Weise“ beziehen sich nicht auf die Form des Brotes, sondern auf die Form der Anbieten, Auflegung des Brotes. Es steht den Wirtschaften frei, das Roggenbrot bezw. Mischbrot in Form von Brötchen oder von Brotscheiben (Brotlaib) anzubieten, wenn es auch angebracht erscheint, der stärkeren werbenden Wirkung wegen überall dort Roggenbrötchen aufzulegen, wo die technischen Voraussetzungen dafür gegeben sind, daß diese Brötchen in der durchaus möglichen, sehr schmackhaften und befriedigenden Form hergestellt werden. Diese Anbieten, diese Auflegung muß aber in gleicher oder ähnlicher Form erfolgen, wie die Auflegung der Weizenbrötchen. Es würde also nicht ausreichen, wenn etwa bei den Mahlzeiten Weizenbrötchen auf den Tisch gestellt werden, gleichzeitig aber erklärt wird, der Gast könne auch Roggengebäck erhalten. Es würde ferner nicht ausreichen, wenn Wirtschaften, um den Bestimmungen des Gesetzes und meines Erlasses nur formal zu genügen, Roggengebäck auflegen, ohne es rechtzeitig zu erneuern. Es ist selbstverständlich, daß das aufgelegte Roggengebäck seinem Alter, seiner Frische nach ebenso genießbar sein muß wie das aufgelegte Weizengebäck.

Berleburg, den 9. Januar 1931.

Der Landrat. J. D. Martin.

S. R. Z.

SÜDWESTDEUTSCHE RUNDFUNK-ZEITUNG

DAS BLATT DES RUNDFUNKHÖRERS!

Ausgabe A mit dem Frankfurt-Kasseler Programm RM — 86 monatlich
Ausgabe B mit dem Programm der europ. Sender RM 1.26 monatlich
Probeheft kostenlos.

SÜDWEST. FUNKVERLAG, FRANKFURT AM MAIN, BLUCHERSTR. 20/22

Autofahrten!

Übernimmt zu jeder Tages- und Nachtzeit in einer
Vierfahrrad-Limousine, pro km 25 Pfg.
Größere Fahrten Preisermäßigung!

Fritz Schmidt, Laasphe

Ruf 130

Gartenstr.

Großer Preisturz in Konserven!



Gemüse-Erbsen	2 Pfund-Dose	58
Junge Erbsen	2	75
Junge Erbsen mit Karotten	2	75
Karotten	2	46
Leipziger Allerlei	2	90
Spinat	2	50
Sellerie in Scheiben	2	1.20
Kohlraabi	2	60
Schnitt- und Brechbohnen	2	60
Spargelabschnitte	2	1.90
Stangenspargel	2	2.60, 2.20

Erbsen	2 Pfund-Dose	1.80
Reineclauden	2	1.25
Pflirsche	2	1.60
Aprikosen	2	1.70

Allerfeinste Fischmarinaden

Rollmops, Bratheringe, Bismarckheringe,
Hering in Gelee 1 Liter-Dose 85
Hansentheringe 1 Liter-Dose 1.25

Samburger Kaffee-Lager

Niederlage von
Thams & Garfs, Hamburg
Laasphe.

Generalversammlung der Walbgenossenschaft Laasphe

findet am Samstag den 24. ds. Mts., abends 8 Uhr in der Wirtschaft Jakob Weiß statt.

Tagesordnung:

1. Rechnungslegung.
2. Verschiedenes.

Um zahlreiches Erscheinen der Mitglieder wird gebeten.
Der Vorstand.

Aufbauschule in Hildesbach (Jung-Stilling-Schule).

Die Aufnahmeprüfung findet am 16. März morgens 8 Uhr statt. Anmeldungen bis spätestens 10. Februar erbeten.

Dr. Varney, Studiendirektor.

Jonas Befreiung

Kriminalroman von Hans Hyan.

6]

Nachdruck verboten.

Vorhin, vor wenigen Minuten, hätte ihr Pflichtgefühl heftig vielleicht doch noch zurückgehalten; jetzt war sie so ohne Überlegung, so gehebt von ihrer törichten Angst, daß sie an nichts und an niemand mehr denken wollte; einzig ihr Leben, das doch nur die eigene Phantasie bedrohte, schien ihr wichtig!

Mit klappernden Schuhen rannte sie die hölzerne Treppe hinunter, und klopfte so laut und rücksichtslos an Emilens Tür, daß diese mit bloßen Füßen, im Nachschauen aus dem Bette sprang und zur Tür stürzte.

„Emilie! Emilie! mach' doch auf!“

„Wer ist denn da, Heidi, du?“

Die Sicherheitskette rasselte, und die Tür flog auf.

Die Blonde von eben fiel der anderen in ihrem Schreck, in ihrer Aufregung schluchzend in die Arme. ... Dann, wie sie sich in Emilens Zimmer in der schmalen Eisenbettstelle eng aneinanderkuschelten, da kam die Erzählung.

„Ach“, flüsterte die Schlanke, Schwarzhaarige von Geheimrats, ihren Kopf über Kopf stützend, „das ist ja wundervoll gruselig! Erzähle doch alles, alles, ja alles.“

Und die kleine Heidi gab weit mehr. „Alles“ war ja bis jetzt eigentlich noch nicht viel! Freilich, wenn sie oben in der Wohnung geblieben wäre... ihre nach dem Gruselfigen lästernen Freundin hätte dann noch mehr, noch weit interessantere Dinge zu hören bekommen.

Eben jetzt hielt vor dem Portal des Hauses ein Auto. Eine Dame stieg aus. Im Schein der hellen Laterne des Kraftwagens funkelte die Goldspitze ihres Theaterumhangs und leuchteten für einen Augenblick die hellen Blumen auf ihrem modernen Hütchen.

Sie ging schnell in den Hauseingang und schloß, während das Auto wartete, das Tor auf.

Sie knippte das Licht im Hausflur an und sah sich einen Augenblick in den in die Marmorbildnis eingelassenen Spiegel. Dann benutzte sie den Fahrstuhl, der sie mit leisem Brummen in die zweite Etage hinaufbrachte; dort fand sie, die auch die Nachtbeleuchtung in Gang brachte, für Augenblicke in diesem Nachdenken vor der Entree.

Sie hatte die Hand schon am Klingelknopf, doch sanken die hellen Finger in lichten Seidenhandschuhen weiter herab, suchten im Taschchen und fanden den Drückerknopf.

Schnell trat sie in den Korridor, hinter ihr verlosch die Treppenbeleuchtung.

Sie selbst, Jonas Bracetyl, stand tiefatmend im Lichte der Entreeleuchte. Sie trat vor denselben Wappenstein, in dem vor einer Stunde Hugo v. Zeinfeld sein verlorrenes Gesicht betrachtet hatte, und sah lange hinein.

Und das Antlitz, das aus dem silbernen Grund tauchte, hatte nichts von seiner Schönheit eingebüßt, nur schien es, als sei nicht mehr das Leben darin, das diese süßen Züge sonst durchleuchtete; es war, als spräche nur die Erinnerung des eigenen Seins, ein vergangenes und halbvergessenes Dasein aus den tiefen Augenhöhlen, die, wie die Himmelslichter in einer tiefen Wolkennacht, trüb und verschleiert glänzten.

Und wie sie so stand, die eine Hand auf der Spiegelkonsol, die andere schlief an der rechten Hüfte hängend, da glitt ein Lächeln, eine grausam gequälte Lustigkeit über das holde Gesicht, und mit von einem Schmerz, einer Bitterkeit ohnegleichen verzerrten Lippen murmelte sie:

„Madame Sirrah... Madame Sirrah...“

Dann ging sie wie eine Puppe, die man aufgezogen hat, in ihr Boudoir und blieb vor ihrem Schreibtisch stehen. Dort stand eine große Photographie Hugos in silbernem Rahmen.

Sie sah das Bild an und atmete. Ihr Gesicht schien weinen zu wollen, aber als ob ein furchtbares Verbot ihre Tränen hemmte, wandte sie sich halb zur Seite. Und halb abgewendet streckte sie den Arm aus und drehte das Bild im Silberrahmen so, daß der Mann sie mit seinen ersten, vorwurfsvollen Augen nicht mehr ansehen konnte.

Dann suchte sie mit einem verlegenen Lächeln, wie jemand, der weiß, daß seine Entschuldigungen nicht stichhaltig sind, im Taschchen, fand den Schreibtischschlüssel, schloß rasch auf und kramte in ihren Briefschaften. Es waren viele Briefe, auch Bilder und sonstige Papiere, die sie in eine Mappe aus rotem Maroquin sammelte, und sie sah sorgfältig nach, ob auch nichts von dem vergessen wäre, was sie mitnehmen sollte.

Dabei fiel sie ein goldenes Zigarettenetui vom Tisch herunter. Sie wollte es vom Teppich aufheben und sank auf die Knie; und anstatt nach dem goldenen Schmuckstück zu greifen, barg sie ihren lieblichen Wädchentopf in die Hände und sank tiefer, bis fast ihre Haare den Teppich berührten. So lag sie lange; ihre schönen Schultern zuckten, durch den weichen Leib ging es wie Krampf und Schauer.

Und als sie sich aufrichtete, waren ihre Augenhöhlen, die Ecken dunkelrot und auf den zusammengeklappten Lippen stand ein Blutstropfen.

Auf dem Ankleidetisch stand ihre in schwerem Silberbarock getriebene Schmuckkassette... kaum ein Schlüssel unter all den Ringen, Armabändern und Kollern, das nicht Zeinfeld ihr gegeben hätte.

Dahin schob sich die junge Schauspielerin, als bräutete sie jemand, dem all ihr Wollen nicht zu widerstehen vermöchte... Sie wollte das Gold, diese Edelsteine und Perlen nicht nehmen! Ihre Hände waren so voll Schweiß, daß eine tiefe, vorgeschüttelte Heue hemmte ihre Bewegung, und so viel Trauer um ihr verlorenes Selbst stand in ihrem schönen Angesicht.

Und doch gab es kein „Nein“... Jenes Fremde, das über ihr schwebte, sie mit todesbunten Fittichen umschattete, gab ihr den Befehl, sich selbst zu verraten, verließ ihr Mut und Kraft, den letzten Verrat an dem geliebten, von dem ihr Herz gerissen war und dessen geliebtes Bild sie mit Gewalt aus ihrer Seele reißen mußte...

Jonas Bracetyl schloß nicht, sie glitt nicht traumhaft wandelnd durch die Räume, in denen sie so seltsam, aber selig gelebt hatte — sie war wach, sie sah, hörte und fühlte alles!

Sie war sich auch ihrer Scham bewußt, ihrer tiefen Niedrigkeit, die sie von neuem an einen Verworfenen erinnerte, an einen, den sie verabscheute und der doch mit seinen Mordraugen winkte, damit sie ihm wie die letzte Sklavine, gehorchte...

Und so verließ sie, die Schmuckkassette unter dem einen, die Briefmappe unter dem anderen Arm, schweigend, wie eine Diebin, die Wohnung.

Ganz leise drückte sie die Entree ins Schloß und wagte nicht, die Treppe zu beleuchten.

Sie war lebend vor Grauen draußen auf der Straße.

Die Tür des Autos wurde von innen geöffnet.

„Du wartest lange, heil!“ dich beim nächsten Mal mehr hast du?“ Rang eine finstere Stimme heraus.

Und Jonas, die doch nur zurücktreten, nur zu dem Chauffeur hätte sagen brauchen: „Helfen Sie mir, schnell Sie mich vor diesem Schurken!“ — Jonas Bracetyl wagte kein Wort zu erwidern. Sie stieg ein. Das Auto rollte davon.

5. Kapitel.

Am anderen Vormittag fuhr Hugo v. Zeinfeld, der sein Auge zugeknallt hatte, in aller Frühe in der Wohnung der Vermissten vor. Diesmal fuhr er im eigenen Wagen. Der Chauffeur Martin saß am Steuer der eleganten blauen Limousine.

Aber in der Wohnung Jonas wurde auf das Klingeln v. Zeinfelds hin nicht geöffnet.

Wo nur die Botschaft mochte?

(Fortf. folgt.)